

## Szenen einer Ehe

VON JOSEF JOFFE

Einen Routinebesuch hat der französische Premier am Montag beim Kanzler absolviert - aber es ist eine Routine von der besonderen Art, so wie die Beziehung selbst. Seit 33 Jahren, als der Bund durch den Freundschaftsvertrag besiegelt wurde, sind beide Länder gehalten, einander regelmäßig zu konsultieren; von der Chef- bis hinunter zur Beamtenebene. Mit keinem anderen Land ist die Bundesrepublik so vielfältig verflochten wie mit Frankreich, weshalb das Verhältnis so gerne mit Wörtchen wie 'Tandem' und 'Ehe' belegt wird.

Harmonisch war diese Ehe nie; ist sie nach einem Dritteljahrhundert, auf dem Weg zur goldenen Hochzeit, einfacher geworden? Auf der Oberfläche, ja. Wichtigstes Indiz ist Frankreichs halbe Rückkehr in die NATO. Wiewohl Frankreich - so Premier Juppé - 'nicht in den integrierten Teil', also in den gemeinsamen Oberbefehl, zurückkehren will, ist es doch bereit, sich 'der Allianz stärker anzunähern', wenn denn die 'Rolle Europas darin verstärkt wird'. Dieser Wunsch, der in der NATO-Bosnientruppe schon zur Praxis geworden ist, macht den Deutschen das Leben etwas leichter, haben die doch ihre Streitkräfte vollständig im Bündnis integriert und stets auf dessen atlantische Verankerung gepocht.

Beide Staaten stehen in Treue fest zum pünktlichen Beginn der Europäischen Währungsunion - obwohl beide nicht alle Konvergenzkriterien erfüllen. Je lauter der Zweifel am Eurogeld ertönt, desto heftiger klammern sich Bonn und Paris an den Termin 1999. Auch eine quälende tagespolitische Irritation wurde jüngsthin ausgeräumt: Die Bonner müssen sich nicht mehr verschämt mit dem Bombenbauer Frankreich solidarisieren, weil Präsident Chirac nach Ende der Serie allen weiteren Tests abgeschworen hat.

Problematisch wird es unter der Oberfläche: je tiefer, desto komplizierter. Es beginnt, wie immer, beim Geld. Nur scheinbar gehen die Uhren der Wirtschaft in beiden Ländern gleich. Beide kämpfen zwar mit einer störischen, steigenden Arbeitslosigkeit (zehn Prozent hier, zwölf dort), aber mit separaten Strategien. Die Bundesregierung hat wenigstens einen Plan zur drastischen Strukturreform vorgelegt: mehr Markt und Flexibilität, weniger Staat und Steuern. Frankreich aber setzt noch immer auf staatliche Konjunkturpolitik. Wie sollte Juppé auch kühner agieren, wenn schon ganz vorsichtige Schritte am Versorgungssystem im Dezember fast die Revolution ausgelöst hätten? Wirtschaftlich schlägt das Herz hüben und drüben nicht im gleichen Takt.

Dennoch hat Kanzler Kohl die Währungsunion zur Frage von 'Krieg und Frieden' hochstilisiert - so, als hänge der fünfzigjährige Frieden Europas von den Wechselkursen

ab. Würden wir wirklich wieder übereinander herfallen, weil die Wechselstuben nach wie vor mit Mark, Franken und Pfund hantieren? Die praktische, wahrlich näherliegende Frage lauert anderswo. Was ist, wenn die Bundesbank wieder wie anno 1992 Milliarden in die Schlacht werfen müßte, um den Franken, die monetäre Maginot-Linie am Rhein, zu verteidigen? Dann könnte, welch Ironie, just der Versuch, den Weg zur Währungsunion mit festen Kursen zu planen, einen schrecklichen Streit mit Frankreich auslösen: wenn den Deutschen die harte Mark wichtiger wäre als die Rettung des Franc.

Auch in der Verteidigungspolitik schlagen die Herzen anders. Derweil Frankreich dezidiert (und richtigerweise) auf die Berufarmee zumarschiert, weil heute kleinere, schlagkräftigere und folglich professionellere Heere gebraucht werden, klammert sich Deutschland am Mythos der Wehrpflicht-Armee fest, so als würde eine demokratische Berufstruppe zur Seecktschen Reichswehr verkommen. Die NATO? Wenn Frankreich mit seinem rapprochement nur das Ziel verfolgt, die 'Europäisierung' der Allianz von innen zu betreiben, wird Bonn die Nibelungentreue verweigern. Denn ohne Amerika gibt es keine europäische Sicherheit; das hat - traurigerweise - der Krieg in Bosnien erneut bestätigt. Erst der späte Eingriff der USA hat dem Frieden eine Chance verschafft.

Ganz tief unter der Oberfläche wartet das Schlüsselproblem: Die klassische Geschäftsgrundlage löst sich auf. Der alte 'Vertrag' besagte: Frankreich rehabilitiert, legitimiert und beschützt das besiegte Deutschland; dafür darf der französische Präsident, wie es Helmut Schmidt ausdrückte, auf dem 'roten Teppich' ein paar Schritte vor dem Kanzler dahinschreiten. Diese Abhängigkeiten sind verblaßt; die Umkehrung der Machtverhältnisse zugunsten der Bundesrepublik hat längst begonnen.

Paris spürt das, Bonn will (und kann) es nicht eingestehen. Beide Länder tun so, als hätte sich 1989/90 nichts verändert, als könnte die alte Routine auch die Zukunft meistern. Das ist auch die Logik von Maastricht und Währungsunion: Die Klammer muß umso fester werden, je mehr sich die Machtgewichte verschieben und die Interessen sich gegen unseren Wunsch 'nationalisieren'. Ehrlicher und erfolgreicher wäre eine neue Routine. Statt den Gleichklang zu beschwören, müßte er tagtäglich neu erarbeitet werden, müßte realistisch unterschieden werden zwischen der Vision und der Wirklichkeit - eben wie in jeder alten Ehe. Ist zum Beispiel die Währungsunion, mit der beide den Bund ins nächste Jahrhundert retten wollen, der einzige Treuebeweis? Besser nicht. Wer die Pflicht zu hoch ansetzt, kann schnell versagen.